

Samburger Echo.

Donnerstag, den 23. Februar 1905.

Anzeigen werden die sechsgepaltene Zeitzeile oder deren Raum mit 30 A. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 A. berechnet. Anzeigen-Aufnahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Zirkularen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus, Redaktion und Expedition: **Reichendstraße 11 in Hamburg 1.**

Jüriale: Süd-St. Pauli bei Carl Klementz, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Simsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Simsbüttel. Holtenst., Eppendorf, Groß-Worstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmannweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Peteriet, Badstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Notenburgort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hirschensfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottenien, Wahrenfels bei Johannes Heine, Wahrenfelsstr. 140, Ottenien.

Hierzu eine Beilage.

Die Kottenburggade.

Ein wüthendes Gekoch erschallt aus den Blättern der großindustriellen Schornföhrer. Was ist geschehen? Droht die kapitalistische Gesellschaftsordnung in Thüringen zu gehen oder hat die Regierung beschlossen, den Achtstundentag allgemein einzuführen? Was für die Schornföhrer gleichbedeutend wäre.

O nein, so glückliche Dinge kommen in dieser Zeit ja nicht vor.

Ein ehenatiger Unterstaatssekretär und num-
meriger Dozent an der „feudalen“ Universität
Boim, Herr von Notenburg, hat seinerseits einen
Auftritt zu Gunsten der streikenden Vergarbeiter
mitunterzeichnet. Ein Kapitalverbrecher, das eigent-
lich gar nicht gestiftet werden kann. Der moderne
Kapitalismus glaubt zwar nur an den einen Gott,
nämlich an den Gott Mammon, aber er hält seine
Dogmen so streng anrecht, wie einst die alte allein-
seligmachende Kirche. Diese verbrannte die „Reber“,
welche auch nur die leisen Zweifel an den von
den Kirchenvorfammlungen aufgestellten Dogmen zu
äußern wagten. Der Kapitalismus kann seine
Widerlächer nicht mehr verbrennen, aber er kann
überpersönliche Arbeiter in Acht und Bann er-
klären und sie dem Elend überlassen. Wenn
nun gar ein Universitätsprofessor an der Heiligkeit
der kapitalistischen Dogmen zu zweifeln
wagt! Das ist zwar mehr als Hochverrat gegen die
Staatsgewalt, aber leider enthält das Strafge-
setz keine Bestimmung, die hier in Anwendung
kommen könnte. Herr von Notenburg hat durch
Unterzeichnung eines Auftritts seine Sympathie für
die Streikenden bekundet — das genügt, um ihn
als einen Feind der kapitalistischen Weltordnung
erscheinen zu lassen. Darum fordern die Scharf-
macher mit wüstem Geschrei, daß die Regierung ein
Disziplinerverfahren gegen den Mann einleite. Die
Regierung hat sich von den Vergehren abzuwenden
lassen und nimmt nun ihre Mänsche, indem sie sich
weigert, gegen Notenburg vorzugehen. Sie fürchtet
das Hohngeächel der ganzen zivilisierten Europa,
wenn sie nun auch noch zu einem Disziplin-
verfahren gegen Notenburg sich drängen lassen würde.
Und so läßt sie das Geheul der Scharfmacherblätter
über sich ergehen.

Man kann sich über diese „Standhaftigkeit“ der angezeichneten Regierung nicht freuen, denn man fühlt und weiß nur zu gut, daß da aus der Not eine Tugend gemacht wird. Unverküßt kommt man auch zu keinem erfreulichen Resultat, wenn man sich den akademischen Hebeln näher aufstellt, dessen Stalp das Zubianergeheul der Echarfinader verlangt. Gewiß, man kann es als einen Erfolg der ganzen sozialen Bewegung unserer Zeit betrachten, wenn bei einem großen Kampfe zwischen Arbeit und Kapital das Mediengestühl des Volkes so stark und so elementar zum Ausdruck kommt, daß auch „wohlmeinende“ bürgerliche Elemente und einzelne „Ideologen“ an den oberen Zehnfußstufen mitgerissen werden. Man darf das begrüßen, aber nicht überhingen. Denn die Arbeiter haben schon vor vierzig Jahren es ausgeprochen, daß sie den Kampf für ihre Befreiung selbst führen müssen. Diese Befreiung ist aber nur durch den Klassenkampf zu erreichen und dieser richtet sich gegen alle Klassen der bürgerlich-feudalen Gesellschaft vom Junker und Großkapitalisten in Handel und Industrie bis zum kleinen Speiseführer.

Herr von Mollenburg hat sich in der „Nationalzeitung“ verteidigt — verteidigt, statt zum Angriff gegen die demagogierenden und hegenden Schamacher vorzugehen. Da loben wir uns doch dem Professor Adolf Wagner, der, als jetztigst „König Stumm“ die Professoren der Nationalökonomie mit Schmähungen und Verächtlichkeiten anfeind, doch den Mut hatte, dem Oberprozen des Saargebiets mit einem recht groben Sprichwort in Erinnerung zu bringen, daß er — Stumm nämlich — von Nationalökonomie nichts verstehe. Was „König Stumm“ hielt die leiseste Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft schon für eine freche Lästerung des Gottes Mammon.

Herr von Rottenturg erklärt in der „Nationalzeitung“, die Frage, ob sich die Arbeiter des Konstruktivismus schuldig gemacht hätten, sei noch nicht spruchreif. Das heißt uns den heißen Brei herumgehen und kommt uns nicht sonderlich mutig vor. „Wien wirtschaftlich“ beurteilt, sagt er weiter, sei der Auslands schädlich gewesen, und sonach seien die Arbeiter „nicht schuldigfrei!“ Welche gewundene Art! Dann konstatiert Herr von Rottenturg eine „moralische Verantwortlichkeit“ für den Streik. Er sagt, mit der Demagogie der Sozialdemokratie sei gar nichts getan. Abscheu! Denn gleich „demagogisiert“ er selbst und behauptet, die Sozialdemokratie trage den einen Teil der Schuld an dem Auslande, den anderen aber die Kriechbarone. Man bemerke, daß er schon vorher den Arbeitern eine Schuld zugeschoben hat. Dies wiederholt er noch einmal und beschuldigt die Arbeiter, unerfüllbare Forderungen angesetzt zu haben; die „größere Verantwortlichkeit“ sei aber bei den Reichshebherren.

Man glaubt den guten Mann förmlich schwitzen zu sehen unter der drückenden Last der schwierigen Aufgabe, die „Schuld“ nach allen Seiten gleichmäßig zu verteilen. Da wird noch ein Stüchchen „Schuld“ angelegt, dort noch ein Stüchchen „Schuld“ abgezogen. Und einige Absätze weiter heißt es: „Durch den Streik find jedermann die Augen geöffnet worden, daß starke Arbeiterorganisationen propa-

lätlich wirken. Die Arbeiterführer, das steht fest, haben den Streik nicht gewollt." Wenn das die Uebergengung des Herrn von Rottenburg ist, wo bleibt denn die Schuld der Sozialdemokratie an dem Ausstände, die er vorher so feierlich festgesetzt zu haben glaubte?

Nun, wir können unsere Anerkennung dafür nicht verlagern, daß Herr von Hottendorf sich durch humane Empfindungen zu den Empfindlichkeiten treiben ließ, für die Verarbeiter einzutreten. Aber was er hinterher erklärt, ist, mit Verlaß, verworren, sinnloses Zeug, eingegeben von der Angst, in den Augen der „guten Gesellschaft“ und der herrschenden Klassen sich kompromittiert zu haben. Wenn es den „Ideologen“ unter den oberen Beamten schon so heftige Gewissensbisse macht, daß sie einmal kämpfenden Arbeitern, die doch auch im Interesse der allgemeinen Kulturentwicklung gegen das kulturwidrige Joch des Kapitalismus sich aufgestellt, eine mangere Sympathieerklärung zugewendet, so sollen sie es künftig lieber bleiben lassen. Jedenfalls können die Arbeiter sich an solchen Erklärungen nicht erbauen.

Auch fehlt den Herren das elementare Verständnis für die Erscheinungen des modernen Klassenkampfes, sonst könnten sie nicht die lächerliche Frage aufwerfen: „Wer hat eigentlich angefangen?“ Natürlich — das Rariviertel hat angefangen und das Lamm hat dem Wolfe das Wasserkeim getrichlt. — In diese Trivialitäten fällt man immer wieder zurück und sucht sich dann vergeblich herauszuwinden. Im Ruhrgebiet kam den Grundbesitzern der Streit willkommen. Im allgemeinen aber entspringen die Streits aus den Verhältnissen selbst und werden zur Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit, wenn die Gegenseite sich entsprechend angepasst haben. Von welcher Seite dann der Anstoß kommt, der unmittelbar den Kampf herbeiführt, ist eine untergeordnete Frage.

Aber vielleicht gerade darum ist es eine zeitgemäße Aufgabe für deutsche Professoren, tiefstürmige Untersuchungen anzustellen, wo die „Schuld“ liegt. Wenn die Arbeiter auf diese Herren angewiesen wären, würden sie nicht weit kommen.

Russland.

Nikolaus hat Angst, blasse, schlotternde Angst! Wohl hat er ohne erhebliche Aufregung die Abkühlung von einigen tausend seiner „Unterthanen“ befohlen oder doch gebilligt; nachdem nun aber die Revolutionäre an dem Großfürsten Sergius ein Exempel statuirt haben, zittert der Wlutar für sein armeniges Leben. In Jaroskoje Selo wurde, wie das „Neueres Bureau“ aus Petersburg erfährt, das Kriegrecht erklärt in Anbetracht der großen Anzahl von Drobjerski, die im Palast eingedrungen sind. Der Chef der Geheimpolizei erläßt Instruktionen zur Ergreifung besonderer Vorkehrungsregeln zum Schutz der kaiserlichen Familie, da ein Attentat befürchtet wird. Bei Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen wurden vier Bomben gefunden. Die Untersuchung durch Sadgerikände ergab, daß sie ausländischen Ursprungs und von enormer Zerstörungstracht waren.

Zum Sündenregister des Großfürsten Sergius liefert die in Paris erscheinende „Tribune Russe“, das Organ der russischen Revolutionäre, folgenden Beitrag, der auch die Stellung des Großfürsten zur Judenfrage beleuchtet: „Die Rolle, welche der Großfürst in den Tagen vor dem 22. Januar spielte und die er während der Vorbereitung dieser Tage sich zugeeignet hat, mußten das vorausgelebene Attentat beschleunigen. Man muß den Großfürsten Sergius und Vladimir die Verantwortung für das Massaker vom 22. Januar zuordnen, welche beiden sich insofern als Hauptschuldigen verurtheilt finden. Man erfährt in offiziellen Kreise, daß der Befehl ohne vorherige Anordnung, auf die Menge zu schießen, von den Großfürsten Sergius und Vladimir gegeben worden war, im Namen des Zaren. Diese konnten als Mitglieder des Kaiserthums nicht zur Verantwortung gezogen werden. Unter solchen Umständen trat das Revolutionstribunal zusammen, um sich zu beraten. Wieder wurde Sergius zum Tode verurtheilt. Es war zum zweiten Mal. Wände der Alte hatten allgemeine Entführung hervorgerufen. Man könnte sich noch der furchtbaren Judenanstrengungen, welche am 22. Januar stattfanden, erinnern. Sergius und Vladimir waren am 22. April 1881 und 1888 in Moskau getötet.“

gebunden haben. Am 28. April 1858 in Wostsch jatt-
für 20 000 Juden, welche, trotzdem nur 10 000
die von dem Gesetz geforderten Eigenschaften be-
sessen, durch willkürliche Duldung der Behörden
für lange Zeit in Moskau geblieben waren. Nur
etwa 300 von diesen 20 000 Juden zahlten die vor-
geschriebene Gewerbesteuer von 8000 Franken, die
ein Recht auf Wohnsitz gab, oder besaßen sich im Be-
sitz von Universitätsdiplomen. Nur diese durften in
innere Städte ziehen, alle anderen mußten Moskau
verlassen. Die ersten, welche die Rekrutierung,
welche gerade damals in Gange war, erhielten Aufent-
haltsbewilligung. Die anderen, die die Rekrutierung
folgte durch den damaligen Zug der Juden er-
griffen, mußten in die Provinzen, in die Koloni-
en geschickt werden. Frauen, die sich nach der Ent-
bindung befanden, wurden bis an die Eisenbahn ge-
schleppt und in die Züge gedrückt. Nach aus jün-
ger Zeit wird folgendes Vorkommnis erzählt, welches
in den Kreisen der Revolutionäre viel besprochen
wird: Eine Studentin jüdischen Glaubens griff, um
an der Moskauer Universität weiter studieren zu
können, zu dem Mittel, sich als Prostituierte ein-
schreiben zu lassen. Nur so konnte sie in Moskau
verbleiben. Als die Zeit abgelaufen kam, daß das
Studium nicht mehr weiterging, ließ sie sich

„Nebenbei anfügt er hinzu, woraus die Juden übrigens auch kein Geßl machte, wurde das Mädchen wegen Nichtanerkennung eines polizeilich gestatteten Berufes ausgepeitscht und aus Moskau ausgewiesen. Es wird in russischen Kreisen allgemein angegeben, daß seit den Verfolgungen durch Sergius viele Juden sich der revolutionären Bewegung angeschlossen haben, während die Juden früher sich von derselben ganz fernhielten.“

2. Diese teilte einem Korrespondenten des „Daily Chronicle“ als einen der Gründe für den Mord-
 anschlag gegen den Polizeimeister Golo-
 n in mit, daß einen Monat vor dem Attentat 127
 politische Gefangene in dem Gefängnis von Odesa
 untergebracht waren. Unter diesen politischen Ver-
 dächtigen befanden sich fünf Mädchen, vier
 Christinnen und eine Jüdin, im Alter von 18 bis
 21 Jahren. Drei von ihnen hatten eine höhere
 Schule durchgemacht. Diese jungen Mädchen seien,
 ohne jedes Verhör, vollständig entkleidet und
 in grausamer Weise gepeinigt worden.
 Diese empörende Behandlung habe in Gegenwart
 mehrerer Polizeimeisterinnen stattgefunden. Der Ge-
 richtsbeamte des „Daily Chronicle“ glaubt, daß der
 Attentäter Stilkman ein Bruder der mißhandelten
 Jüdin ist.

Das Krakauer Blatt „*Przegląd*“ veröffentlicht das antikenste erste Todesurteil gegen den Großfürsten Sergius. Der „*Przegląd*“ erinnert daran, daß für den 18. und 19. Dezember 1904 von der russischen sozialistisch-revolutionären Partei in Moskau Demonstrationen angelegt waren, und da kurz vorher die Kisten in Petersburg gegen die Demonstrationen gewirft hatten, erlich das Moskauer Komitee folgende Entschädigung, die das Todesurteil enthält. Das Moskauer Komitee der sozialistisch-revolutionären Partei erachtet es für angemessen, fünf zu machen. Falls sich bei der für den 18. und 19. Dezember angekündigten politischen Demonstration die Gendarmen und Polizisten ebenfalls tödlich beschossen werden, ist es in diesen Tagen in Petersburg geschah, wird die ganze Verantwortung für die Barbarei auf die Haupten des Generalgouverneurs Großfürsten Sergius und des Polizeimeisters Tschow fallen und das Komitee wird nur die Exekution des Todesurteils an diesen beiden nicht zurücklassen.“

Über die Polizeig-Schandtaten in Lodz berichtet die Proclamation des Lodger Komitees des „Bundes“ folgende Einzelheiten: In einem Kaffeehaus, das sich seit längerer Zeit verhältlich befindet, hat der Hofe der Wache Nr. 1 sich man sie durch eine Reihe von Anstößen, die auf sie in gräßlicher Weise einwirkten, Spitzruten laufen. Doch das Schnellleiste erwarnte sie im Gebäude der Wache selbst. Dort warfen sich auf sie Polizisten jeden Ranges und verletzten an ihnen unerhörte Gewaltthaten. Die weissen Arbeiter wurden auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen, man warf sie zu Boden und trat sie mit den Füssen; viele wurden furchtbar vermischt; man riss ihnen die Ohren ab, schlug ihnen die Augen aus und riss ihnen den Mund ein . . . Daran hatten jedoch die polizeilichen Auswürlinge noch nicht genug. Noch zu später Nacht wurde ihnen die Verhafteten einzeln in einen abgesonderten Zimmer gebracht, wo sich einige Polizisten, Tofoten und der Polizeizug befanden. — „Ohnermeist! Haut, hoiel dreinrich!“ kommandierte der Arzt, indem er jeder neuereitenden Arbeiter klopf in die Augen schloß. Und auf den Unglücklichen waren sich die Büttel, rissen ihm die Kleider vom Leibe und hielten mit dem Peitschen so lange ein, bis er das Bewusstsein verlor. — „Als man mir die Kleider vom Leibe zu reißen begann“, erzählte einer der Verhafteten, „setzte ich mich mit aller Kraft zur Wehre. Man warf mich zu Boden und die Zügelung nahm ihren Anfang. Im Beginn zählte ich die Stöße und hörte das Jähren der Peitsche. Ich war bloß im stunde, sechsundzwanzig Stöße zu zählen; der Rest bekam es mir nicht mehr zu hören; ich hörte und sah nichts.“

Nach kam ich wieder liegen noch mal umwenden; ich bin voller Wunden. So hat man die menschliche Ehre und Würde mit Füßen getreten. Und weshalb?

Die furchtbare Verdrüßung der Proletarier ist danach begrifflich. Ohne den Vorgesetzten spielen zu wollen, kann man sagen, daß die Arbeiter erwarten werden, im Moskauer Staat, wie sie es schon in der Vergangenheit in Reichsthaltsorten, Arawaken und so weiter bei der Bourgeoisie Befehl und Unterwerfung fanden, beginnt bereits die Generation. Am Dienstag wurde der Oberbahnchef Wibel in seinem Hause von südlichen Arbeitern getödtet. Auf den Direktor der Eisenbahnen Kornev wurde, als er von einer Versprechung mit den Arbeitern zurückkehrte, ein Mordversuch gemacht, der jedoch mißlang.

Gegenwärtig sind die Ausstände der Eisenbahner die nächste Gefahr für die russische „Ordnung“. Von Moskau aus verbreiten sich die Eisenbahnerstreiks nach anderen Theilen des ungeheuren Reiches. Die Angestellten der Moskowskisch-Woronesch Eisenbahn sind am Montag in den Ausstand getreten. Es gehen daher auf dieser Bahn von Moskau eine Jage; auch die Gornowasche und Nischnenewer Güter- und Gepäc-Eisenbahnen. Der Zug Waschausien, der regelmäßig um 12½ Uhr Mittags abgeht, ist heute nicht abgegangen. Es wird der allgemeine Ausstand sämtlicher Eisenbahnen erwartet. — Aus Kaluga wird telegraphirt: Die auf der Brjansk-Linie der Bahn Moskowskisch und Woronesch Angestellten sind ausständig; es verkehrt keine Jage. Vom 21. d. M. wird aus Wascha gemeldet: Infolge des Einflusses des Petroleumanstandes durch die Subventionen des Petroleumsanstandes unter Petroleumanstand. Die Beschiefe find fast erschöpft; die Preise sind bedeutend gestiegen. Aus Aschow meldet ein Telegramm: Ein tiefer Ausstand der Arbeiter der Bialawskaja-Bahn hat begonnen. — Nach einer antiken Meldung aus Sankt Petersburg ist der dort um 9 Uhr früh eingetroffene preussische Gesandte von dem russischen Eisenbahnerparlament nicht zum Weiterbefahren angenommen worden.

Dem „Oedeßheßischen Wanderer“ zufolge sind zwischen Sosnowitz und Dombrowitz die Schienen der Hauptstrecke aufgerissen; ein Güterzug ist infolgedessen eingestürzt und von den Ausländern geplündert worden.

In Charkow sind heute infolge des Segeranstandes keine Zeitungen erschienen.

In Warschau sind die Polizeibeamten auf Anordnung des Polizeichefs mit Browningsrevolvern bewaffnet. Die Wachen der Festbefestigungen

2. **Verfassung** d. **Nobis** bald anständig.
 3. **Ein** **Sachmal** (Gouvernement **Autos**) wird
 4. **am** 21. **Februar** **besetzt**: **Der** **in** **General-**
 5. **Stand** **ausgerufen** **werden** **der** **Produkten** **der**
 6. **Land** **ausgeschlossen** **gelassen**. **Sonst** **Ärzt-**
 7. **Leute** **wie** **Wohlfahrer** **fehlen**. **Es** **gibt** **aber** **Wort**
 8. **noch** **Leute** **noch** **sonstige** **Erwachen** **zu**
 9. **kaufen**. **Heute** **Abend** **wurden** **unter** **militärischen** **Suppe**
 10. **aller** **Freiwilligen** **geköhnt**. **Auf** **den** **Straßen** **beim**
 11. **habe** **eine** **Menge** **Arbeitslose**. **Überall** **steht** **man** **Militär**,
 12. **die** **Einwohner** **der** **Stadt** **leben**. **Die** **Ärzte** **der**
 13. **Arbeiter** **besprechen** **häufig** **die** **Arbeitslosen** **und**
 14. **die** **Arbeitslosen** **haben** **die** **Arbeitslosen** **zu** **haben** **für**. **Die** **gegen-**
 15. **über** **Erhebung** **steigt** **bis** **zu** **den** **oberen**. **Leute**
 16. **auf** **den** **Straßen** **fallen** **überhaupt** **her**, **wie** **wurden**
 17. **getödtet** **oder** **verwundet**. **In** **einigen** **Städten** **wird**
 18. **geplündert**. **In** **einem** **Städtchen** **sehen** **die** **Häuser** **in**
 19. **Flammen**. **Die** **Rage** **der** **friedlichen** **Einwohner** **ist**
 20. **ganz** **schrecklich**. **Es** **beruht** **eine** **allgemeine** **Ver-**
 21. **wirrung** **in** **Verhältnissen** **sind** **hier** **ausgebrochen**. **Die** **in**
 22. **die** **Stadt** **während** **der** **Kriegs** **sind** **offensichtlich** **unzureichend**,
 23. **um** **die** **Ordnung** **wiederherzustellen**.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 21. Februar.

Wie wir am Sonnabend schon voraussagten, so ist es heute gekommen: Die nationalliberale Opposition hat die heutigen Annahme des Antrages auf formale Errichtung der Reichsämter für die Reichsversammlung des Reichstages mit 151 gegen 113 Stimmen bei 32 abweisender Stimmabgabe.

Die heute auf der Tagesordnung stehenden, Quinquaginta-Anträge — der sozialdemokratische Entwurf eines Gesetzes, betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamts von Arbeitssäckern, Arbeitssäckern und Einigungsämtern, in Verbindung mit einem nationalliberalen und einem politischen, die gleiche Materie betreffenden Antrag, sind alle Bekannte. Zum ersten Male wurde im Jahre 1884/85 von der damaligen sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag eingebracht, der die Schaffung eines Reichsarbeitsamts erforderte, um dieser Antrag wurde später wiederholt eingebracht und diskutiert. Seit 1893 hat das Zentrum ebenfalls in der gleichen Richtung Anträge gestellt und nun haben auch die Nationalliberalen und die Polen es für notwendig erachtet, nicht direkt in, aber doch neben die sozialdemokratische Kerbe zu hauen. Aufeinander gleich oder doch ähnlich, gehen die Forderungen doch weit auseinander: Die einen wollen den Mittelpunkt, den die Verfechterinnen der sozialdemokratischen Forderungen bilden, in der Verfassung

Von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion hatten Genosse Thiele die Begründung des Antrages übernommen. Er wies nach, welcher Unterschied zwischen dem sozialdemokratischen Antrage und dem der Nationalliberalen liege, die dem Reichsarbeitsrat nur die Beihilfe einer staatlichen Kommission zugewiesen wissen wollten, wohingegen der sozialdemokratische dem Reichsarbeitsrat den Erfolg von Vorschlägen zum Schutze für Gesundheit und Leben in Arbeitsbetrieben aller Art anzuweisen, so für die Arbeitsdauer und Kontrollen derselben, sowie Anordnung und Organisation von Erhebungen und Ermittlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse der Arbeiter, kurz weitgehend und tief in alle Arbeitsverhältnisse einzugreifende Tätigkeit überweisen wissen will. Thiele freilich das eigentliche Verbalten des Zentrums bei den früheren Verhandlungen dieser Art und sprach die Erwartung aus, daß es diesmal im Interesse der sozialistischen Arbeiter unheimlich Antrage zuunehmen werde.

Darin hatte sich Genosse Thiele jedoch geäußert, denn Triebhorn sowohl wie Gräbner erklärten, nachdem sie sich über seinen, wie sie meinten, unmotivierten Angriff bitter beklagten, daß sie für unseren Antrag ebenso aus formalen Gründen nicht stimmen und zweitens nicht weiß die Regierung für die nächste Session die Einbringung einer der Errichtung eines Reichsarchivsamtens betreffende Vorlage in Aussicht gestellt und die kommissarische Verwaltung des Antrages eine Straß- und Zeitverschwendung

[illegible]

Dem Abg. Dr. Mogdan von der Freisinnigen Volkspartei ist die sozialdemokratische Forderung eines Arbeitstages nicht „radikal“ genug; es wäre ihm lieber, wenn wir gleich den Christen- und Socialdemokratischen Gewerksvereine Arbeiterkammern und Arbeiterämtern forderten, wogegen Ma a sich im Namen jener Freunde für unseren Antrag erklärte. Auch Pa g n i e d e von der Freisinnigen Vereinigung sieht unseren Antrag nicht unpopulär; gegenüber, gibt aber angeblich aus praktischen Gründen dem polnischen Antrag den Vorzug; er beantragte, diesen noch nicht einmal als Material zu überweisen.

Am Schluffwort zu unserer Anfrage färbte Ge-
moss die Sache in folgender Weise: In unseren Sin-
den liegen die Interessen der Arbeiter, die ihren
materiellen Befugnisse und zerstreute verschiedene Einmün-
den, die dagegen erhoben worden sind. Es wird darauf hin-
gedacht, die Förderung der Arbeitskassen auf der
der Arbeiterkassen aus dem Grunde erhoben sei, weil
die letzteren zu völliger Bedeutungslosigkeit herun-
tergedrückt worden könnten. Die vorgeschlagenen Organi-
sationen würden freilich nicht im Interesse irgend einer
politischen Partei zu wirken im Stande sein, aber die-
sen Zweck würde sie erreichen, indem sie die Arbeiter
würden, damit die Missionen von Arbeitern eine Berei-
terung bekommen, wie sie den beschriebenen Berufen im-
merhin längst eingeräumt sind.

Damit war die erste Lesung unseres Antrages beendet, eine Abstimmung konnte heute nicht darüber stattfinden. Dagegen wurde über den Antrag Bachniederer, den polnischen Antrag als Resolution als Material zur Gesetzgebung zu überweisen, angenommen.

Konfessioneller Wahlerkorrismus im Wahlskreis Tabian-Bachau führte die Wahlsprüfungskommission des Reichstages dazu, die Wahl des im genannten Kreise als Sieger proklamierten konfessionellen Herrn v. Majhoff zunächst für **beachtend**. Bei der Hauptwahl hatte v. Majhoff 7127 gegen 5066 sozialdemokratische und 2021 freireligiöse Stimmen erhalten. Er war also mit nur 13 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt worden. Gegen die Wahl lag ein Protest von sozialdemokratischer Seite vor, der **ungeliche Wahlbedingungen** rügte. Die **Wahlurnen** waren in mehreren Orten auf eine Kontrolle zugeordnet, die das Wahlergebnis durchdrang. Identifizierungen und andere Verfügungen fanden statt. Andererseits wurden Wähler im Wahllokal **in die Hand** gegeben, in denen der Sieger konfessioneller Stimmzettel liefte. Dies und eine weitere Verträge verlangen die Kommission zur Beurteilung der Wahl, sowie zu dem Antrage, Erhebungen über für erheblich befundene Protestbeschauptungen vornehmen zu lassen.

[illegible]

Kandidaten jeder einzelne Wähler gewählt hatte. Auch hat der Wahlvorsteher sich vor der Wahl geäußert: „Diesmal, mit den Steuern, wissen wir ganz genau, was jeder gewählt hat.“

Rechnung Wahlmengen, besonders in eßstädtischen Wahlkreisen, wurden gleich nach Volzug der Wahlen im Sommer 1903 mehrfach berichtigt. Öffentlich nimmt die Wahlprüfungskommission aus diesem Falle Anlaß, auf bestimmte Vorgriffen über die Beschaffenheit der „Wahlzettel“ zu dringen, welche eine solche Kontrolle unmöglich machen. Geht es nicht, so müssen wir befürchten, daß die bessere Sicherung des Wahlscheitnisses, die durch Einführung der Isolierzelle und des Stimmgeheißwerkes erreicht werden sollte, in ihr Gegenteil umschlägt.

Die Freischützen für Militärkranke betreffend, richtete am Dienstag der Beratung des Großen Reichstages einhaken in der Budgetkommission des Reichstags der Abg. Müller-Sögan an den Minister eine Anfrage, wie es mit der Versorgung der kriegswunden Angehörigen der Freischützen stehen. Minister Dabbe erklärte, gemäß dem Reichsgesetz vom 1. April 1908, ist die Versorgung der Freischützen durch die Reichskasse geregelt, welche die Kosten dafür vollständig zu einem Betrag von 24 Millionen Mark jährlich stellen werden, berichtete er aber später selbst dazu, daß nach den Angaben des Kriegsministeriums vom Jahre 1901 bei Annahme je einer Umlaufreihe der Soldaten sich der jährliche Bedarf für Freischützen auf nur M. 1.250.000 stellen würde.

Zum **Schmierelacksmann** hat die Freimüthige Volkspartei zur zweiten Lesung des Etats des Reichs an's des Innern eine Resolution Wälder-Weinings eingebracht, die den Reichstasler erst, eine eingehende Untersuchung zu veranlassen hinsichtlich des Bestehens und der Umfang der Wälder, wodurch die Beschaffung von Holz beschleunigt durch die Lieferanten zu Ungunsten der Arbeiter im Gewerbliehen werden beabsichtigt werden und bei der Vornahme dieser Enquete in erster Reihe die Angestellten selbst und ihre Vertretungen gutachtlich zu vernehmen.

Neben den Inhalt der noch ausstehenden **Bergeschmelz**, welche den Arbeiterschaft in den Werken regeln soll, sprach sich am Sonntag in einer Versammlung in Bochum der Zentrumsabgeordnete Dr. **Schahn** in ausföhrlicher Weise aus. Dieser soll erstlich, wie weit Spahns Auslassungen sich fügen auf Informationsen beruht, was die Regierung in der Rede bringen wird, refer. wie weit sie nur Ausdruck von Zentrumsfeindschaft sind. Sie entnehmen einem Bericht der „**Röln. Zig.**“ über die Rede folgendes. Spahn erklärte u. a.:

Die Novelle wird eine Bestimmung über den Arbeitslohn nicht bringen. Aber über die Arbeitsdauer wird in der Novelle eine Bestimmung kommen. Die Novelle wird vom 1. Oktober ab eine 8 stündige Schicht bringen, und diese Arbeitzeit wird vom 1. April 1907 oder 1908 auf eine 8 stündige Schicht einschließlich Eins- und Ausfahrt herabgehen. Nun wird in der neuen Vorlage die vorläufige 8 stündige, und dann die stündige Schicht nicht gedacht als Voraussetzung für alle Gruben, sondern als sanitäre Arbeitzeit, der Anwendung findet bei allen Gruben, die mit mehr als 25 Grad Temperatur und eine Einschränkung einlegen können, und meine Gruben beabsichtigen, bei 25 Grad die Arbeit auf sechs Stunden herabzusetzen. Ich habe im Niedersatz die Bemerkung gemacht, daß ich nicht für richtig halte, daß der sanitäre Arbeitstag eingeführt werde; richtiger sei es, daß eine gezielte Regelung im Sinne des allgemeinen Maximalarbeitstages gesehe. Ich bin Zweifler an dieser Ansicht geworden. Auch stehen die Ver-

hältniffe in Oberleichten der Einführung eines allgemeinen Maximalarbeitstages noch entgegen; dort beläuft noch eine lange Arbeitszeit, bis zu 12 Stunden, und man muß sich berichten, dort auf 10 und 9 Stunden Arbeitszeit herabzugehen. Ich nehme an, daß im Landtage Schwierigkeiten bei dieser Frage nicht entstehen und daß die Mitglieder der Mülh für sich bei der Regelung der Vergütung berathigen können. Bei den Fragen des Verbots des Wagnennußens, der anderen Strafbestimmungen und der Befestigung der Leberlichtigen verweis der Redner auf das Statut, bei den fälligen Gruben im Saarrevier als Mülh und bemerkt dabei: Man hat es im Reichstag so eingeschält, daß das Wagnennuß die beste Art Belohnung des Vergärbeiteten dafür ist, daß er nicht mehr Knecht gehalten habe. So freue mich, daß man von diesem Standpunkt abgesehen sei. Ich nehme an, daß in der Novelle das Wagnennuß verboten wird, wie es in Oesterreich verboten ist, und daß nur Straten nach entsprechenden Bestimmungen der Gewerbeordnung verhängt werden. Auch für die anderen Strafbestimmungen wird der Mülh freigestellt, die Vergütung an der Saaz verwenden, wo die Mülh im Monat 65 Pfennig 6 Mark betragen dürfen. Allerdings liegen die Verhältnisse am der Saaz anders, als am der Mülh, wir haben deshalb nicht sagen wollen, welche Grenze die Saaz festsetzen wird. Am der Saaz besteht die Gefahr, daß sehr hoch sein kann, können die Leute als Straf die Arbeit bis zu 14 Tagen erhalten. Oesterreich hat die Forderungen auf Befestigung der Leberlichtigen und auf Verbot des Wagnennußes erfüllt, und die österreichischen Reichsgesetze haben keinen Schaden dadurch erlitten. Seit 1894, seitdem die neue Verordnung erlassen ist, ist dort der Verbrauch im Aufschwunge begriffen. Deshalb werden wir auch im preussischen Landtage den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen

Der Bezug auf die Anstellung von Grüben-
tactoren meines Spohn, es sei zweifelhaft,
da die gegenseitige Wahl der Controlleure durch die Belegschaften von Minierer Mäler in die neue Verfassung
novelle aufgenommen werden würde. Spohn nimmt an,
daß nur erreicht wird, was in den haaltigen Gruben an
der Saar schon besteht. Dort werden Grübencontrolleure
angestellt und ausgewählt aus der älteren Belegschaft,
und zwar durch den Staat. Diese Grübencontrolleure
an der Saar hätten sich vorläufiglich leicht bewährt,
insofern es sie wenig Mißstände ermittelt und zur An-
gelegenheit gebracht haben. Den geringen Erfolg dieser Spohn
den gegangenen Bergarbeiter Silber zu und er sprach
die Hoffnung aus, daß nach dessen Abgang die Grüben-
controlleure durch Arbeiter besserer Qualitäre ersetzt werden.
In den Ausstellungen Schichte haben wir es

widert sich mit einer Mischung von dem, was der Redner über die Absichten der Regierung erfahren hat, und eigenen Mädelchen desoben zu sein. Bescheiden ist für ihn und das Zentrum die Befürchtung vom allgemeinen zum sanitären Magdalarbeitsloos. Wenn irgendwo, so ist im Vergleich aus sanitären Gründen der allgemeine Magdalarbeitsloos eine absolute Notwendigkeit. Die Vergewalt ist an sich so ungesund, dass eine gezielte Beschränkung der Arbeitszeit schon allein dadurch gerechtfertigt wird. Dem würde nicht entgegenstehen, sondern als Ergänzung hinzutreten müssen eine weitere Verkürzung in Geben bzw. Arbeitsloos mit überhöher Temperatur.

Aber Spahn gibt für den Grund seiner plötzlichen Befürchtung zum „sanitären“ Magdalarbeitsloos selbst einen Fingerzeig. Oberdiesigen soll der dem